

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018

AKTUELLES

Bund will ab 2019 für Digitalisierung zahlen	2
Länder legen eigenen Plan für Bildungsrat vor	2
Kulturminister wollen eigene Konferenzen	3
Friedenspreis für Aleida und Jan Assmann	4

KULTURPOLITIK

Einzug in die Exil-Villa von Thomas Mann.....	12
Deutschland hofft auf neue Welterbestätten.....	14
Gendergerechtes Schreiben in der Schwebe	17

BERUF UND WEITERBILDUNG

Recht auf Brückenteilzeit kommt	19
Pflegeausbildung soll attraktiver werden	21
Deutsche fürchten sich nicht vor Robotern	22

FORSCHUNGSPOLITIK

40 Millionen Euro für Forschung zur DDR	23
Baustart am neuen Cern-Teilchenbeschleuniger	24

HOCHSCHULE

Talentquote für Medizinstudium	26
HU-Senat stimmt für Islamische Theologie	27

SCHULE

Minister fordert: Mathe unterhaltsamer machen	29
Gymnasium schafft Leih-Burkinis an	35

VORSCHULE

Rheinland-Pfalz: Mehr für Problem-Kinder tun	36
Die meisten Väter ohne Baby-Urlaub	37
Künftig alle Kitas in Frankfurt kostenlos	39

TERMINE	40
----------------------	-----------

INHALT (GESAMT)	43
------------------------------	-----------

Verantwortlich: Katja Räther | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Bund will ab 2019 für Digitalisierung zahlen

Erfurt (dpa) - Bund und Länder wollen bis Ende des Jahres eine Vereinbarung über den geplanten Digitalpakt für die Schulen schließen. Bis Herbst soll der Bund einen ersten Entwurf dazu vorlegen. Darauf einigten sich Bundesbildungsministerin **Anja Karliczek** (CDU) und die Kultusminister der Länder am 15. Juni.

Karliczek machte klar, dass sie am Ziel festhält, den Digitalpakt für schnelles Internet an den Schulen 2019 zu starten. Ab dann sollen fünf Milliarden Euro in fünf Jahren in die Kommunen fließen, kündigte sie auf der Kultusministerkonferenz (KMK) in Erfurt an. «Wir haben letzte Fragen ausgeräumt. In den Ländern kann jetzt der Glasfaserausbau bis in die Schulen organisiert werden.»

Auch die Länder sollen zahlen

Streit gibt es noch darüber, wie viel Geld die Länder beisteuern müssen. Bislang liegt der Digitalpakt auf Eis, weil dafür eine Grundgesetzänderung nötig ist. Das Vorhaben verzögert sich, weil die Bundesregierung die Änderung im Paket zusammen mit weiteren auf den Weg bringen will.

Hamburgs Bildungssenator **Ties Rabe** (SPD) hatte am Vortag gefordert, den entsprechenden Artikel notfalls abzukoppeln und separat beschließen zu lassen. Karliczek zeigte sich offen dafür: «Wir sind uns im Kabinett einig, dass wir uns vorstellen können, die Änderung des Artikels 104c auch allein auf den Weg zu bringen», sagte sie.

Länder legen eigenen Plan für Bildungsrat vor

Erfurt (dpa) - Im Streit um den geplanten Nationalen Bildungsrat haben die Länder dem Bund ein Papier mit eigenen Vorstellungen vorgelegt. «Wir wollen, dass der Bildungsrat kleiner wird, als vom Bund vorgeschlagen», sagte der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), **Helmut Holter** (Linke), nach einem Treffen mit Bundesbildungsministerin **Anja Karliczek** (CDU) in Erfurt. Statt der vom Bund vorgesehenen 64 Stimmen soll es nach Willen der KMK nur 44 im Bildungsrat geben. Einig sei man sich darüber, dass das Gremium aus zwei Kommissionen bestehen solle.

Streit gibt es vor allem über die Frage, wieviel Gewicht die Länder in dem Gremium haben sollen. Holter erneuerte auf der Kultusministerkonferenz in Erfurt die Forderung, dass es unmöglich sein soll, die Länder im Bildungs-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - AKTUELLES

rat zu überstimmen. Karliczek entgegnete: «Es geht nicht darum, jemanden zu überstimmen.» Sie betonte, dass der Bildungsrat nicht nur für Schulen Empfehlungen geben solle, sondern auch für andere Themen wie lebenslanges Lernen.

Die große Koalition in Berlin hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag darüber geeinigt, einen Bildungsrat einzurichten - unter anderem, um für mehr Vergleichbarkeit etwa beim Abitur zu sorgen. Das Gremium soll den Ländern aber nur Empfehlungen aussprechen können.

Kulturminister wollen eigene Konferenzen

Erfurt (dpa) – Bisher gibt es zwar die Kultusministerkonferenz (KMK), aber keine eigenen Treffen für Kultur-Themen. Die Kulturminister der Länder wollen sich für eine bessere Abstimmung bald in eigenen Gesprächsrunden treffen. Eine Arbeitsgruppe soll Vorschläge für ein solches Gremium erarbeiten. Das haben die Teilnehmer der Kultusministerkonferenz (KMK) am 14. Juni in Erfurt beschlossen.

Zuvor hatte sich unter anderem der rheinland-pfälzische Ressortchef **Konrad Wolf** (SPD) für solche Runden ausgesprochen. „Ich halte es für sinnvoll, sich künftig zweimal im Jahr zu treffen“, sagte Wolf am Rande der KMK. Es sei wichtig, sich viel stärker abzustimmen – etwa beim Thema Digitalisierung.

Zeit für Kulturthemen schaffen

Thüringens Bildungsminister und KMK-Chef **Helmut Holter** (Linke) hatte Wolfs Vorschlag vor der Kultusministerkonferenz in Erfurt unterstützt. Bei den Beratungen der Minister gehe es um inhaltsbezogene Politik. „Die Kollegen sollen genug Zeit haben, darüber zu diskutieren“, sagte Holter. Eigene Konferenzen der Kultur- und Wissenschaftschefs seien zudem effizienter. Nicht in allen Ländern sind etwa Bildung und Kultur in einem Ministerium zusammengefasst. „Die Kultur-Verantwortlichkeit hat sich im Laufe der Jahre stark diversifiziert“, sagte Wolf.

Es gebe nur noch wenige klassische Kultusministerien, die zugleich für Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständig seien. „Der Kulturföderalismus ist ein dynamisches Feld“, sagte Thüringens Kulturminister **Benjamin Immanuel Hoff** (Linke). Die KMK mache den Weg frei für eine Stärkung der kulturpolitischen Koordinierung unter ihrem Dach. Laut Hoff soll die Arbeitsgruppe bereits zur nächsten KMK im Herbst einen Vorschlag machen, wie künftige Treffen organisiert werden.

Gemeinsame Organisation soll bleiben

„Dass man sich bei eigenen Treffen auf die Kultur fokussiert, halte ich für eine sehr gute Idee – aber unter dem Dach der KMK“, sagte die bayerische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, **Marion Kiechle** (CSU). Die bisherigen Pläne sehen vor, dass etwa die Geschäftsstelle der KMK weiter auch für die künftigen Treffen der Kulturminister zuständig sein wird.

Stefan Hantzschmann (Erfurt)

Friedenspreis für Aleida und Jan Assmann

Frankfurt/Main (dpa) – Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geht 2018 an die Kulturwissenschaftler **Aleida und Jan Assmann**. Dies gab der Börsenverein – die Dachorganisation der Buchbranche – am 12. Juni bekannt. Das Ehepaar habe ein Werk geschaffen, „das für die zeitgenössischen Debatten und im Besonderen für ein friedliches Zusammenleben auf der Welt von großer Bedeutung ist“, begründete der Stiftungsrat seine Entscheidung. Die renommierte Auszeichnung wird zum Abschluss der Frankfurter Buchmesse am 14. Oktober in der Paulskirche verliehen.

Aleida und Jan Assmann haben Leben und Totenkult der alten Ägypter studiert – und für die heutige Welt fruchtbar gemacht. Die Hochkultur am Nil schuf einst monumentale Denkmäler gegen das Vergessenwerden. Das 71 und 79 Jahre alte Ehepaar Assmann hat das Thema Erinnerung ebenfalls zur Grundlage seiner Forschungen gemacht.

Beispielhafte Erinnerungskultur

International gehören die beiden Gelehrten, die in Konstanz wohnen, zu den bekanntesten deutschen Geisteswissenschaftlern. Nach Ansicht des Stiftungsrats hat das Paar ein zweistimmiges Werk geschaffen, „das für die zeitgenössischen Debatten und im Besonderen für ein friedliches Zusammenleben auf der Welt von großer Bedeutung ist“.

Aleida Assmanns Arbeiten zum kulturellen Gedächtnis ist es mitzuverdanken, dass Deutschland heute eine Erinnerungskultur hat, die weltweit als beispielhaft gilt. Dies versteht die Literaturwissenschaftlerin auch als Antwort auf den Holocaust. Nach dem „Historikerstreit“ von 1986, bei dem es um die Frage der Einzigartigkeit des Genozids an den Juden ging, hat sich das Ehepaar maßgeblich für den Bau des Holocaust-Mahnmals in Berlin eingesetzt.

Angesichts der aktuellen Flüchtlingsdebatte plädiert Aleida Assmann in ihrem jüngsten Buch „Menschenrechte und Menschenpflichten“ (2017) für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Darin müssten die Menschenrechte,

Werte wie Empathie und Solidarität sowie ein Kanon von Regeln für ein faires und respektvolles Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten maßgeblich sein.

Religion als Grundlage

Jan Assmann, bis zur Emeritierung 2003 Professor für Ägyptologie an der Universität Heidelberg, hat mit seinen religionswissenschaftlichen Arbeiten und Büchern und seinen Thesen zum Monotheismus für Furore gesorgt. Dessen Anfänge sieht er im Auszug der Israeliten unter Moses aus Ägypten. Damit sei in der Religion die Unterscheidung von „wahr“ und „falsch“ in die Welt gekommen – mit fatalen Folgen vor allem später im Christentum und im Islam.

Anders als bei den alten Ägyptern wurde im messianisch-heilsgeschichtlichen Glauben an den einen strengen Gott in dessen Namen gemordet. Mit der Problematisierung des Zusammenhangs von (monotheistischer) Religion und Gewalt hat Assmann eine heftige Debatte in der Wissenschaft losgetreten. Assmann hat dabei deutlich gemacht, dass er den Monotheismus nicht verdamme, sondern sich gegen religiös-dogmatischen Fundamentalismus wende.

Sprechen mit einer Stimme

Wohl selten ist bei Wissenschaftlern die Arbeit so eng miteinander verwoben wie bei den Assmanns. Die beiden Gelehrten sprechen inzwischen sogar auch in gemeinsamen Interviews nur noch mit einer Stimme. Dabei melden sie sich immer wieder zu den Themen der Erinnerungskultur zu Wort, die sie angesichts des politischen Wandels mit dem Einzug der Rechtspopulisten in den Bundestag bedroht sehen. Rechenschaft und Verantwortung für die eigene Geschichte halten sie für unerlässlich.

„Wir dürfen nicht in die alte Rhetorik von Ehre und Schande zurückfallen“, sagte Alida Assmann im Februar der „Süddeutschen Zeitung“ – zu **Björn Höcke** befragt. Der hatte in einer Rede in Dresden unter anderem mit Blick auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin gesagt: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

Vielleicht noch gefährlicher als die AfD ist für Alida Assmann aber das mögliche Versiegen der „Ressource Erinnerungskultur“. Für die 68er-Generation, denen sich die Assmanns zugehörig fühlen, sei das Holocaust-Gedenken so etwas wie eine historische Mission gewesen. „Ich frage mich, was bleiben wird, wenn sie einmal nicht mehr ist.“ Der Friedenspreis an das

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - AKTUELLES

Ehepaar soll auch deshalb ein Zeichen setzen. Gegen Geschichtsvergessenheit und für Erinnerungskultur, wie es der Stiftungsrat deutlich macht.

Thomas Maier (Frankfurt)

Internet

- Friedenspreis des Deutschen Buchhandels <http://dpaq.de/8rAqR>

Lehrer dürfen auch in Zukunft nicht streiken

Karlsruhe (dpa) – Das Bundesverfassungsgericht rüttelt nicht am Streikverbot für Lehrer und andere Beamte. Eine Lockerung des Streikverbots komme nicht infrage, weil es an den Grundfesten des Berufsbeamtentums rüttle, urteilte das Bundesverfassungsgericht am 12. Juni. Das Beamtenverhältnis fuße auf einem wechselseitigen System von Rechten und Pflichten. Das lasse ein „Rosinenpicken“ nicht zu. Mit ihrer Entscheidung wiesen die Karlsruher Richter die Verfassungsbeschwerden von vier Lehrern zurück. (Az. 2 BvR 1738/12 u.a.)

Von rund 800 000 Lehrern in Deutschland sind nach Angaben des Gerichts rund drei Viertel Beamte. Die Kläger aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hatten in ihrer Dienstzeit bei Protesten oder Streiks der Bildungsgewerkschaft GEW mitgemacht und deshalb Disziplinarstrafen kassiert. Dagegen wehrten sie sich vor Gericht: Das Streikverbot sei zumindest für Lehrer zu strikt, weil diese nicht wie andere Beamte hoheitliche Aufgaben ausübten.

„Unabhängige Amtsführung“ wird gesichert

Die Richter des Zweiten Senats überzeugte das nicht. Wenn beamtete Lehrer ihre Beschäftigungsbedingungen tarifvertraglich aushandeln und durch Arbeitskampf erzwingen könnten, werfe das die Frage auf, „womit sich die Fortgeltung beamtenrechtlicher Prinzipien noch rechtfertigen ließe“, sagte Gerichtspräsident **Andreas Voßkuhle** bei der Urteilsverkündung. Die Anstellung auf Lebenszeit und das Alimentationsprinzip, das die Regelung der Besoldung per Gesetz umfasst, dienten aber der unabhängigen Amtsführung.

Nach Auffassung der Richter sind die deutschen Beamten trotzdem „nicht schutzlos“. Ihre Gewerkschaften seien in die Vorbereitung der beamtenrechtlichen Regelungen mit eingebunden. Wer mit seiner Besoldung unzufrieden sei, könne dagegen klagen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - AKTUELLES

Kein Widerspruch zu Menschenrechten

Die Kläger, die von der GEW und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützt wurden, hatten gehofft, dass Karlsruhe eine neue Linie einschlagen könnte. Denn der Straßburger Menschenrechtsgerichtshof hatte zuletzt in zwei Fällen aus der Türkei geurteilt, dass Beamte streiken dürfen, solange sie keine hoheitlichen Aufgaben bei den Streitkräften, der Polizei oder in der Staatsverwaltung wahrnehmen.

Die Verfassungsrichter sehen sich dazu aber nicht im Widerspruch. Aus ihrer Sicht sind in Deutschland die Mindeststandards erfüllt: Beamte können einer Gewerkschaft beitreten, und die Gewerkschaften haben das Recht, sich Gehör zu verschaffen und ihre Interessen zu schützen. Beamtete Lehrer seien zudem Teil der Staatsverwaltung. Nicht zuletzt betont der Senat den hohen Stellenwert des Rechts auf Bildung.

Disziplinarverfahren werden fortgeführt

Nach der Bestätigung des Beamten-Streikverbots nimmt das Land Hessen Disziplinarverfahren gegen rund 4200 verbeamtete Lehrer wieder auf, sagte ein Sprecher des Kultusministeriums in Wiesbaden. „Egal, wie die Verfahren schlussendlich ausgehen, müssen wir sie jetzt aus verwaltungstechnischen Gründen wieder eröffnen, um zu einer Entscheidung zu gelangen.“ Nach Klagen gegen das Streikverbot hatte das Land die Verfahren zunächst ruhen lassen. 2015 waren Lehrer in Hessen für mehr Geld und kürzere Arbeitszeiten auf die Straße gegangen, obwohl sie dies nicht dürfen.

Sönke Möhl, Anja Semmelroch und Larissa Schwedes (Karlsruhe)

Internet

- Mitteilung des Gerichts zu dem Urteil <http://dpaq.de/sZY7t>
- Urteil im Volltext <http://dpaq.de/4gYoY>
- Vereinigungsfreiheit, Art. 9 GG <http://dpaq.de/qgPww>
- Grundgesetz zum Berufsbeamtentum, Art. 33 GG <http://dpaq.de/yukQT>
- Bundesverwaltungsgerichts-Urteil von 2014 <http://dpaq.de/52hPB>
- FAQ der GEW zum Streikverbot für Beamte <http://dpaq.de/1QrCr>
- Reaktion der GEW <http://dpaq.de/DOy8d>
- Verdi-Mitteilung <http://dpaq.de/Vdbsy>

Wartezeit-Zulassung für Mediziner soll fallen

Erfurt (dpa) - Die Vergabe von Plätzen für ein Medizinstudium nach Wartezeit soll nach dem Willen der Bundesländer wegfallen. Die Abiturnoten

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - AKTUELLES

sollen aber weiterhin ausschlaggebend dafür sein, wer ein Studium im Fach Humanmedizin beginnen darf. Darauf haben sich die Länder während der Kultusministerkonferenz (KMK) in Erfurt geeinigt.

Die Beschlüsse der KMK sind für die Länder nicht bindend. Mindestens 20 Prozent der Studienplätze sollen an die Abiturbesten vergeben werden, hieß es in einer Mitteilung der KMK vom 15. Juni. Die Länder reagieren damit auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember vergangenen Jahres. Karlsruhe hatte damals entschieden, dass das Verfahren zur Vergabe von Medizin-Studienplätzen teils verfassungswidrig ist und bis Ende 2019 neu geregelt werden muss. Das Gericht monierte auch, dass die Abiturnoten in den Ländern annähernd vergleichbar sein müssten. Dafür soll laut KMK zunächst ein Ausgleichsmechanismus greifen - solange, bis die Vergleichbarkeit auf politischem Weg hergestellt wurde.

Neben den Abiturnoten sollen nach dem Willen der Länder künftig noch zwei weitere «eignungsbasierte» Kriterien bei der Vergabe von Medizin-Studienplätzen eine Rolle spielen. Welche das sind und welches Gewicht sie beim Vergabeverfahren haben werden, soll noch in diesem Jahr geklärt werden, hieß es. Ob die Wartezeit in anderen Quoten berücksichtigt werden kann, soll demnach geprüft werden.

EU-Verlosung von Interrail-Tickets begonnen

Brüssel (dpa) – Endlich volljährig, auf in ein Sommer-Abenteuer quer durch Europa: Die EU-Kommission verschenkt in diesem Jahr mindestens 20 000 Interrail-Tickets an 18-jährige EU-Bürger. Bis zum 26. Juni 2018 können sie sich für die erste Runde bewerben.

WOHIN: Mit dem sogenannten Travel-Pass kann man in bis zu vier EU-Länder reisen – hauptsächlich per Zug, manchmal per Bus oder Fähre. Unterkunft und Verpflegung zahlt man jedoch selbst. Die Reise darf bis zu 30 Tage dauern und muss zwischen dem 9. Juli und dem 30. September dieses Jahres stattfinden. Eine zweite, kleinere Bewerbungsrunde soll im September folgen.

WER: Um die ersten 15 000 Tickets können sich EU-Staatsangehörige bewerben, die zwischen dem 2. Juli 1999 und dem 1. Juli 2000 geboren wurden. Anmelden können sich Einzelpersonen oder Gruppen von bis zu

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - AKTUELLES

fünf Personen. Die Tickets werden nach der Bevölkerungszahl der Staaten verteilt – für Deutschland gibt es also relativ viele. Behinderte können Hilfen wie etwa eine Begleitperson beantragen.

WIE: Bewerbungsschluss ist am 26. Juni um 12.00 Uhr. Bewerber müssen Angaben zu ihrer geplanten Reise machen und fünf Quizfragen beantworten, in denen es um das Europäische Kulturerbe-Jahr 2018 und EU-Jugendinitiativen geht. Als Stichfrage muss man außerdem schätzen, wie viele Bewerbungen es geben wird – damit wird die Auswahl getroffen, falls es mehr Bewerbungen mit richtigen Antworten als Travel-Pässe gibt.

WIESO: Die Aktion „DiscoverEU“ geht zurück auf die Idee von Aktivisten, jedem EU-Bürger zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket zu schenken, um die jungen Leute mit dem Kontinent und seinen Kulturen vertraut zu machen. Die Teilnehmer sollen als „Botschafter“ von ihren Reiseerlebnissen berichten, etwa über soziale Medien wie Instagram oder bei einem Vortrag in ihrer Schule.

WAS KOSTET DAS: Die EU gibt in diesem Jahr 12 Millionen Euro dafür aus – das soll für mindestens 20 000 Interrail-Tickets reichen, vielleicht sogar bis zu 30 000. Wenn EU-Parlament und Rat zustimmen, könnten zwischen 2021 und 2027 insgesamt 700 Millionen Euro für weitere Reisen bereitstehen – das würde Interrail-Tickets für rund 1,5 Millionen junge Europäer bedeuten.

Christina Peters (Brüssel)

Internet

- Infos und Bewerbung für DiscoverEU <http://dpaq.de/0Y4iU>
- Europäisches Kulturerbejahr 2018 <http://dpaq.de/dUJBg>

Später zur Schule wegen WM

Hamburg (dpa) - Augen halb geschlossen, träge und schon vor der großen Pause sackt die Konzentration in den Keller. Die Fußball-WM hat begonnen und viele Schüler dürften spätabends noch vor den Bildschirmen mitfiebern. Manche Schulen verlegen den Unterricht daher, längst aber nicht alle, wie eine Umfrage des «Deutschen Schulportals» bei den Kultusministerien der Länder ergab. «Die Schule kann in eigener Verantwortung entscheiden, ob der Unterrichtsbeginn während der Fußball-WM verlegt wird», lautete etwa die Antwort aus Sachsens Kultusministerium. Anders in Ham-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - AKTUELLES

burg, wo vorzeitiges Unterrichtsende oder späterer Schulstart keine Optionen sind. In der Hansestadt findet regulärer Unterricht statt, wie die Behörde für Schule und Berufsbildung knapp mitteilt.

Wie in Sachsen, so können Schulen im Südwesten selbst entscheiden, «wir sind aber sicher, dass die Schulen hier im Sinne der Schüler die richtige Abwägung treffen», hieß es vieldeutig aus dem Kultusministerium in Baden-Württemberg. Das Land Brandenburg schreibt vor, dass Schulunterricht regulär stattfinden muss. Schulleitungen könnten allenfalls in Einzelfällen abweichende Regelungen treffen.

«Unterricht geht vor», sagte Bildungsministerin **Karin Prien** (CDU) für Schleswig-Holstein. Immerhin, die Sommerferien starten dort früh. «Ab dem Achtelfinale können wir uns alle ganz entspannt auf die WM konzentrieren und unserer Mannschaft die Daumen drücken», sagte die Ministerin dem «Deutschen Schulportal».

An dem Portal sind die Robert Bosch Stiftung, die Deutschen Schulakademie und die Heidehof Stiftung in Kooperation mit der Zeit-Verlagsgruppe beteiligt. Die Onlineplattform sieht sich als unabhängiges Fachmedium für alle, die sich für Schul- und Unterrichtsentwicklung interessieren.

Internet

- Umfrage <http://dpaq.de/9hQbi>

Tablets für Berliner Strafgefangene

Berlin (dpa) – In Berlin haben 35 Strafgefangene Tablets mit einem begrenzten Internet-Zugang bekommen. Damit können diese Insassen des Männergefängnisses Heidering Sprache lernen, Mails an die Familie schreiben, einen Führerschein-Test machen oder sich bei „Wer wird Millionär“ und Wikipedia Wissen aneignen. Mit dem bundesweit einmaligen Projekt solle die Alltagskompetenz der Gefangenen erhöht und die Resozialisierung vorangebracht werden, sagte Justizsenator **Dirk Behrendt** (Grüne) am 13. Juni bei der Vorstellung. „Wir wollen das Leben drinnen und draußen einander angleichen.“

Das zunächst auf drei Monate befristete System sei auf „Herz und Nieren geprüft, damit Gefangene nicht Schabernack oder Unfug treiben“, betonte der Grünen-Politiker. Für die Testphase wurden 1,3 Millionen Euro festgeschrieben. Im Oktober solle ein Bericht zu dem Test vorliegen. Behrendt

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 -

möchte bis zum September 2021 (Ende der Legislatur) Tablets kostenfrei für alle Haftanstalten anschaffen. Derzeit sitzen dort 4024 Gefangene.

Laut Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS sind etwa 20 Internetseiten zugänglich. „Das ist eine klassische Intranet-Anwendung mit einem winzig kleinen Zugang zur großen, weiten Welt“, beschrieb **Lutz Nentwig** vom Institut das Forschungsprojekt.

Theaterpakt für Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin (dpa) – Nach jahrelangem Streit hat die Landesregierung in Schwerin ihre umstrittene Theaterreform ad acta gelegt und mit Kreisen und Kommunen den Abschluss eines Theaterpakts vereinbart. Es bestehe Einigkeit darüber, alle vier Mehrspartenhäuser im Land zu erhalten, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) am 12. Juni in Schwerin nach einem von ihr initiierten Theatergipfel. Damit seien Forderungen nach weiteren Theaterfusionen, die Kosten sparen sollten, in den Häusern selbst und auch in der Bevölkerung aber auf erbitterten Widerstand gestoßen waren, vom Tisch. Zuletzt hatte es massive Proteste und eine Petition gegen den Zusammenschluss des Theaters Vorpommern Greifswald/Stralsund mit dem Theaterverbund Neubrandenburg/Neustrelitz gegeben.

KMK-Chef: Gewalttätige Schüler anzeigen

Erfurt (dpa) – Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), **Helmut Holter**, will Gewalt gegen Lehrer an deutschen Schulen eindämmen und ermuntert Betroffene zu Strafanzeigen. „Wir müssen uns mit solchen Gewalttaten auseinandersetzen – verbale wie tätliche“, sagte Thüringens Bildungsminister der Deutschen Presse-Agentur. „Alle Fälle, die im Bereich des Straftatbestandes liegen, sollten zur Anzeige gebracht werden – auch wenn Kinder nicht strafmündig sind.“ Schüler müssten die Konsequenzen ihres Handelns spüren, empfahl der Linke-Politiker. Eine Strafanzeige bewirke eine unmittelbare Auseinandersetzung mit dem Vorfall durch Eltern und Schüler.

An etwa jeder dritten Grundschule in Deutschland wurden Lehrer in den vergangenen fünf Jahren körperlich angegriffen, wie aus einer repräsentativen Umfrage unter Schulleitern hervorgeht. Die forsa-Umfrage war vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) in Auftrag gegeben worden. Über alle Schulformen hinweg gab es demnach an jeder vierten Schule Fälle tätlicher Gewalt gegen Lehrkräfte.

KULTURPOLITIK

Einzug in die Exil-Villa von Thomas Mann

Los Angeles (dpa) - Für Thomas Mann war es das Haus der «Seven Palms»: Im hügeligen Pacific Palisades in Los Angeles – von Zitronenhainen und Palmen umgeben - fand der Schriftsteller nach der Emigration aus Nazi-Deutschland für sich und seine Familie in den 1940er Jahren eine Exil-Heimat. Jetzt wird das zweistöckige weiße Haus mit der Adresse «1550 San Remo Drive» im vornehmen «Riviera»-Viertel zum Domizil für deutsche Stipendiaten.

Das Residenzprogramm soll Intellektuellen und Vordenkern Gelegenheit zum Austausch untereinander und mit dem Gastland über die großen Fragen unserer Zeit bieten - so lautet die Zielsetzung der Einrichtung.

Kulturelles Erbe

Für Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** ist die offizielle Einweihung des «Thomas Mann House» am 18. Juni ein wichtiger Stopp auf seiner mehrtägigen Kalifornien-Reise. Einen Tag später soll er bei der begleitenden Konferenz «The Struggle for Democracy» die Eröffnungsrede halten. Auch **Frido Mann**, ein Enkel von Thomas Mann (1875-1955), wird zu den Feierlichkeiten erwartet.

Am Kauf der historischen Villa durch die Bundesregierung war Steinmeier 2016 als Außenminister maßgeblich beteiligt. Für das «Weiße Haus des Exils», wie er es damals nannte, zahlte Deutschland einem kalifornischen Luxusmakler rund 13 Millionen Dollar.

«Das ist überhaupt nichts für diese Gegend», sagte die Architekturhistorikerin Lilian Pfaff kürzlich der Deutschen Presse-Agentur. Das Grundstück alleine sei schon so viel wert. Pfaff schreibt ein Buch über das Werk des deutschstämmigen Architekten Julius Ralph Davidson (1889-1977), einer der Hauptvertreter der kalifornischen Moderne, der das Haus 1942 für Mann baute. Pfaff beschreibt die Villa als ein «verstecktes Kleinod», das in der Architekturgeschichte von Los Angeles aber wenig bekannt sei.

Über Jahrzehnte kein Denkmalschutz

Tatsächlich war das Haus über Jahre wie eine Dornröschen-Villa zugewachsen und von knorrigen Bäumen und hohen Büschen abgeschirmt. Drei der einst sieben Palmen stehen noch auf dem weitläufigen Grundstück am Rande eines großen Canyons. Nach den Manns, die 1952 in die Schweiz zogen, lebten hier über 60 Jahre der kalifornische Anwalt Chet

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - KULTURPOLITIK

Lappen und seine Frau Jon. Das kulturelle Erbe ihrer Immobilie war ihnen bewusst, aber unter Denkmalschutz stand das Haus nicht. Sie bauten stellenweise an, auch ein Pool im Garten kam dazu.

Abriss drohte

2016 wurde das Haus als Millionenobjekt in einer «ultra-exklusiven» Nachbarschaft angepriesen. Der künftige Besitzer könnte hier ein Traum-Anwesen errichten, sprich das alte Haus abreißen, so die Empfehlung der Makler. Autoren, Verleger und Künstler in Deutschland liefen Sturm. Per Online-Petition forderten sie die Bundesregierung auf, das Haus zu erwerben und zu einem Erinnerungs- und Begegnungsort auszubauen. Der drohende Abriss wurde abgewendet.

Als erster Stipendiat zieht nun im Juni der Schauspieler **Burghart Klaußner** («Das weiße Band») ein, gefolgt von der Berliner Soziologin **Jutta Allmendinger**, dem in Göttingen lehrenden Literaturwissenschaftler und Thomas-Mann-Forscher **Heinrich Detering** und dem Mikroelektroniker **Yiannos Manoli**. Auch die Journalistin Sylke Tempel war ursprünglich ausgewählt worden, doch im vorigen Oktober verunglückte die Politik-Expertin tödlich bei einem Sturm in Berlin.

Platz für Vieles

Bei einer Besichtigung vor ein paar Wochen - Mitte April - liefen die mit fünf Millionen Dollar bezifferten Renovierungsarbeiten noch auf Hochtouren. Man wollte «einen gesunden Kompromiss zwischen Respekt gegenüber der Originalsubstanz und den Anforderungen an ein modernes Kulturhaus» finden, sagte **Nikolai Blaumer** der dpa. Der gebürtige Düsseldorfer ist der Programmdirektor des Thomas-Mann-Hauses.

Platz gibt es in der langgestreckten Villa genug. Schließlich lebten hier Thomas und Katia Mann mit ihren sechs Kindern. Vier Stipendiaten werden sich das Haupthaus teilen, der Fünfte kommt in einem neuen Gästehaus am Pool unter.

Im Obergeschoss (etwa 200 Quadratmeter) gibt es mehrere kleine Räume, die als Schlafzimmer dienen. Im Erdgeschoss (etwa 300 Quadratmeter) ist unter anderem ein großes Wohnzimmer mit Glasfront zum Garten. Alles wurde von Grund auf saniert.

Im Arbeitszimmer der Geist des Nobelpreisträgers

Der Grundriss blieb erhalten, doch vom alten Innenausbau ist nicht mehr viel übrig. Bis auf das historische Herzstück im Parterre - Manns früheres

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - KULTURPOLITIK

Arbeitszimmer, in dem der Literaturnobelpreisträger Teile seiner Werke «Joseph, der Ernährer» und «Der Erwählte» sowie den Musikerroman «Doktor Faustus» schrieb. In diesem Büro erarbeitete der Hitler-Gegner in den Kriegsjahren auch seine BBC-Radioansprachen «Deutsche Hörer!».

Die dunklen Bücherregale und die alte Holzvertäfelung sind original erhalten. Sie werden mit antiquarisch beschafften Werken gefüllt, wie zu Manns Zeiten. «Eine Goethe-Ausgabe aus den Händen von Thomas Mann wird hier wieder ihren Platz finden, erklärt Blaumer. Dies sei der Raum, der dem Geist des Schriftstellers am meisten entspreche.

Prominente Nachbarn

Eine Nachbarin plaudert bereitwillig über das Viertel, in dem sie selbst seit 37 Jahren wohnt. Die Namen prominenter Nachbarn sprudeln aus ihr raus: **Diane Keaton, Goldie Hawn, Ben Affleck, Matt Damon, Tom Hanks** und **Steven Spielberg** wohnen demnach in der «Riviera». Die Straßen sind nach Orten am Mittelmeer benannt - neben San Remo auch Amalfi, Monaco, Sorrent.

Es sind Leute mit Geld und Ruhm, aber ihre Häuser sind weniger protzig als die hinter großen Mauern verborgenen Villen in Vierteln wie Beverly Hills oder Bel Air. Shirley zeigt ein verblichenes Foto von Thomas Mann vor einer üppigen Bougainvillea-Hecke, die nun zu ihrem Garten gehört. Die Nachbarn seien jetzt sehr froh, dass das historische Haus erhalten bleibe, betont die gebürtige Frankfurterin, die als Kind nach Kalifornien kam. «Sonst hätte das ein Bauunternehmer kaufen können, alles abgerissen und drei monströse Villen hingestellt.»

Barbara Munker (San Francisco)

Internet

- Thomas Mann House in Los Angeles <http://dpaq.de/aYhAQ>

Deutschland hofft auf neue Welterbestätten

Berlin (dpa) - Zwei Stätten aus Deutschland sind bei der Tagung des Unesco-Welterbekomitees vom 24. Juni bis 4. Juli in Manama (Bahrain) für die Aufnahme in das Welterbe nominiert. Zur Entscheidung stehen die Wikingerstätten Haithabu und Danewerk (Schleswig-Holstein) sowie der Naumburger Dom in Sachsen-Anhalt, wie die deutsche Unesco-Kommission mitteilte.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - KULTURPOLITIK

Wiederholter Anlauf

Für die Bewerbung aus Sachsen-Anhalt ist es bereits die dritte Chance. Zweimal war die Aufnahme des Naumburger Doms samt der hochmittelalterlichen Landschaft an Saale und Unstrut beantragt worden - vergeblich. Nun soll es die überarbeitete Bewerbung mit dem Dom allein schaffen.

Der Naumburger Dom St. Peter und Paul wurde im 13. Jahrhundert geschaffen und wird zu den bedeutendsten Kathedralbauten des europäischen Hochmittelalters gezählt. Berühmt sind die vom «Naumburger Meister», einem bis heute unbekanntem Steinbildhauer, geschaffenen zwölf Stifterfiguren in der Kathedrale, die zu den wichtigsten Kunstwerken der Epoche gehören.

Die Befestigungsanlage Danewerk und der Handelsplatz Haithabu im nördlichen Schleswig-Holstein gehören zu den bedeutendsten archäologischen Zeugnissen Nordeuropas. Das Danewerk bestand aus Erdwällen, Mauern, Gräben und einem Sperrwerk in der Schlei. Es gilt als größtes Bodendenkmal Nordeuropas. Die Wikingerstadt Haithabu bei Schleswig war vom 9. bis 11. Jahrhundert eines der bedeutendsten Handelszentren Nordeuropas. 1897 wurde sie wiederentdeckt, die ersten Ausgrabungen begannen um 1900.

Einen internationalen Antrag von Wikingerstätten gemeinsam mit Island, Dänemark, Lettland und Norwegen hatte das Welterbekomitee 2015 zur weiteren Überarbeitung zurückgewiesen. Dieser Antrag wurde dann nicht mehr verfolgt. Nun geht eine deutsche Einzelbewerbung an den Start.

Auch Indien und Kolumbien bewerben sich

Insgesamt berät das Komitee über 31 Nominierungen. Dazu zählen das viktorianische und Art Déco-Ensemble von Mumbai, der prähistorische Fundort Göbekli Tepe in der Türkei, der Nationalpark Chiribiquete in Kolumbien sowie die buddhistischen Bergklöster in Südkorea. Zurzeit stehen weltweit 1073 Kultur- und Naturstätten auf der Liste des Unesco-Welterbes, darunter 42 aus Deutschland.

Internet

- Informationen zur Tagung <http://dpaq.de/VXpha>

Bühnenverein: Kulturwandel mitgestalten

Lübeck (dpa) - Der Präsident des Deutschen Bühnenvereins, **Ulrich Khuon**, hat an die Theater appelliert, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. «Ob Geschlechtergerechtigkeit, #MeToo-Debatte, Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder die Auswirkungen der Digitalität auf unsere Häuser - es geht um einen Kulturwandel, den wir alle mitgestalten müssen», sagte Khuon am 8. Juni bei der Jahreshauptversammlung des Bühnenvereins im Lübecker Theater.

Schleswig-Holsteins Kulturministerin **Karin Prien** (CDU) lobte den Bühnenverein für seine Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und Gewalt im Kulturbereich. Ebenso richtig sei es, mit der bereits auf den Weg gebrachten unabhängigen Beratungsstelle auch ein konkretes Angebot zu schaffen.

Gemeinsame Vertrauensstelle

Verbände und Gewerkschaften der Film- und Fernsehbranche hatten Ende Mai gemeinsam mit Vertretungen der Produzenten, Sender, Theater und Orchester in Deutschland einen Verein als Träger für eine unabhängige Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt gegründet. Die Vertrauensstelle solle bereits in einigen Wochen in Berlin errichtet werden, sagte eine Bühnenvereinsprecherin.

Im Zusammenhang mit der #Me too-Bewegung seien auch in einigen Theatern Belästigungsvorwürfe bekanntgeworden, hatte der Geschäftsführende Direktor des Bühnenvereins, **Marc Grandmontagne**, kürzlich berichtet. Mit dem Kodex und der Vertrauensstelle wolle man für alle Beteiligten Vertrauen schaffen.

Wenig Frauen in Führungsjobs

Auf der Tagung spielte auch das Thema Geschlechtergerechtigkeit eine große Rolle - nur rund 20 Prozent der Führungspositionen in Theatern und Orchestern sind mit Frauen besetzt. Prien forderte den Bühnenverein auf, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen: «Da gibt es eindeutig etwas aufzuholen, setzen Sie es um!»

Internet

- Deutscher Bühnenverein <http://dpaq.de/1t2Jd>

Gendergerechtes Schreiben in der Schwebel

Wien (dpa) - Der Rat für deutsche Rechtschreibung (Mannheim) plant vorerst keine Regeländerung für geschlechtergerechtes Schreiben. Aus der bisherigen Beobachtung des Schreibgebrauchs ergebe sich noch keine klare Präferenz, hieß es am 8. Juni nach einer Ratssitzung in Wien.

Noch werde die Praxis, von Frauen und Männern in weiblicher und männlicher Form, im Plural oder in Passivkonstruktionen zu schreiben, der Erwartung geschlechtergerechter Schreibung am ehesten gerecht. Bis zur nächsten Sitzung des Gremiums am 16. November in Passau soll eine Arbeitsgruppe mögliche Empfehlungen an die staatlichen Stellen der deutschsprachigen Länder vorbereiten.

Neue Regeln für neue Zeiten

Anlass ist die öffentliche Diskussion in einigen Ländern des deutschen Sprachraums, die Schreibung deutscher Texte so zu gestalten, dass sie Männern, Frauen und Menschen des sogenannten dritten Geschlechts gerecht wird. Als «geschlechtergerechte Schreibung» gelten etwa Doppelnennungen wie Schülerinnen und Schüler oder Unterscheidungen wie Ärztin und Arzt. Möglich, aber orthografisch und grammatisch nach dem aktuellen amtlichen Regelwerk nicht normgerecht, sind auch sogenannte Gender-Sternchen (Lehrer*innen) oder Schrägstriche (Lehrer/in) sowie die X-Form (Dix Studierx).

Der Rat für deutsche Rechtschreibung soll die Schreibentwicklung beobachten, Zweifelsfälle der Rechtschreibung klären sowie Vorschläge zur Anpassung des Regelwerks an den allgemeinen Wandel der Sprache erarbeiten und wissenschaftlich begründen.

Matthias Röder (Wien)

Rund eine Million Denkmäler in Deutschland

Wiesbaden (dpa) - In Deutschland gibt es rund eine Million Denkmäler. Fast zwei Drittel sind Bau- oder Gartendenkmäler, wie das Statistische Bundesamt am 13. Juni in Wiesbaden mitteilte. Bodendenkmäler machen einen Anteil von 37 Prozent aus. Denkmäler in Deutschland werden nicht zentral erfasst. Die Zahlen basieren daher auf Angaben der Landesämter für Denkmalpflege. Insgesamt haben sich in Deutschland im Jahr 2016 mindestens 36 000 Menschen um denkmalpflegerische Aufgaben gekümmert.

Neue Spitze am Institut für Deutsche Sprache

Mannheim (dpa) - Das Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim bekommt einen neuen Direktor. Der Gießener Professor **Henning Lobin** wird Nachfolger von Prof. **Ludwig M. Eichinger**, der zum 31. Juli in den Ruhestand geht, wie die Universität Mannheim und das Institut mitteilten. «Mit seiner Expertise wird er die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg und innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft bereichern», teilte Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin **Theresia Bauer** (Grüne) mit.

Lobin ist Professor für Angewandte Sprachwissenschaften und Computerlinguistik. Das IDS gehört zur Leibniz-Gemeinschaft und befasst sich mit Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte.

Volksbühnen-Interimschef soll bis 2020 bleiben

Berlin (dpa) – **Klaus Dörr** (57) soll die Berliner Volksbühne bis zum Sommer 2020 als Interimschef leiten. Dies bestätigte die Berliner Kulturverwaltung am 14. Juni. Dörr, bislang stellvertretender Intendant des Stuttgarter Schauspiels, kümmert sich nach dem Rücktritt von **Chris Dercon** um das Programm der Volksbühne. „Wir müssen das Theater zunächst wieder auf Kurs bringen, um überhaupt sinnvoll über die Zukunft nachdenken zu können“, so Dörr im Interview der „Stuttgarter Zeitung“. „Über das Schicksal entscheidet letztendlich der Berliner Kultursenator, der einen neuen Intendanten oder Intendantin finden muss. Ich schätze, dass der Findungsprozess bis Ende des Jahres abgeschlossen ist.“

BERUF UND WEITERBILDUNG

Recht auf Brückenteilzeit kommt

Berlin (dpa) - Nach jahrelangem Ringen sollen Arbeitnehmer in Deutschland ein Recht auf die Rückkehr von einer Teilzeitstelle in Vollzeit erhalten. Die vereinbarte Arbeitszeit soll für ein bis fünf Jahre verringert werden können. Das Bundeskabinett beschloss am 13. Juni in Berlin einen entsprechenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister **Hubertus Heil** (SPD).

Wegen Widerstands in der Union lag der Entwurf zuvor knapp zwei Monate auf Eis. Heils Vorgängerin im Arbeitsressort, die heutige SPD-Chefin **Andrea Nahles**, war in der vergangenen Wahlperiode mit einem Entwurf für ein solches Rückkehrrecht an der Union gescheitert.

«Im Kern geht es darum, dass die Arbeit zum Leben passt», sagte Heil. Die neue Brückenteilzeit baue Brücken von Teilzeit in Vollzeit und umgekehrt. Eine Million Beschäftigte wollten heute ihre Arbeit reduzieren. Weitere 1,8 Millionen Teilzeitbeschäftigte wollten ihre Arbeit aufstocken. Der neue Rechtsanspruch baue Brücken ins Ehrenamt, in die Weiterbildung oder die Verwirklichung eigener Ziele. «Er lässt vor allem Frauen künftig nicht mehr in der Teilzeitfalle hängen.»

Beschäftigte in Kleinbetrieben ausgenommen

Die Brückenteilzeit soll in Unternehmen mit mindestens 45 Beschäftigten gelten, wenn ein Beschäftigter mindestens ein halbes Jahr in dem Betrieb ist. Arbeitgeber mit 46 bis 200 Beschäftigten müssen nur einem von 15 Arbeitnehmern den Anspruch auf Brückenteilzeit gewähren. Bisher gibt es ein Rückkehrrecht in eine volle Stelle bei Elternzeit, Pflegezeit oder Familienpflegezeit.

Bei Beschäftigten, die in Teilzeit sind und mehr arbeiten wollen, soll der Arbeitgeber darlegen und gegebenenfalls beweisen müssen, wenn kein passender Arbeitsplatz frei ist. Der Arbeitgeber soll den Wunsch nach einer Änderung der Arbeitszeit mit dem Betroffenen erörtern müssen. Dieser soll den Betriebsrat hinzuziehen können.

Das geplante Gesetz überfordere auch kleine und mittelständische Unternehmen nicht, sagte Heil. Positionen der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und des Koalitionspartners fanden dem Minister zufolge Eingang in den Gesetzentwurf und seine Begründung. Das Gesetz soll nun das parlamentarische Verfahren durchlaufen und vom 1. Januar 2019 an gelten.

Arbeitgeber bleiben kritisch

In einem für die Arbeitgeber wichtigen Punkt änderte Heil seinen Ursprungsentwurf. Wenn ein bereits Teilzeitbeschäftigter mehr arbeiten will, soll es sich nun um einen konkret zu benennenden Arbeitsplatz handeln müssen. Der Arbeitgeber muss die Entscheidung getroffen haben, diesen zu besetzen oder zu schaffen. Aus Arbeitgebersicht ist damit ausgeschlossen, dass es für eine Aufstockung der Arbeitszeit eines Betroffenen ausreicht, dass es in einem Unternehmen nur genug Arbeitsvolumen gibt. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland hatte zuerst darüber berichtet. Andere Punkte, die aus Arbeitgebersicht wünschenswert wären, sind bislang nicht in dem Entwurf berücksichtigt.

Aus dem Arbeitgeberlager kam heftige Kritik. Erfundene Probleme sollten gelöst werden, bemängelte Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer **Oliver Zander**. «Wenn eine Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeit scheitert, dann an fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, nicht am Willen der Arbeitgeber.» Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) warnte vor zusätzlicher Bürokratie, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen.

Der FDP-Arbeitsmarktexperte **Till Mansmann** sagte: «Noch mehr solche Gesetze, und Deutschland ist fällig für die nächste Reformagenda.» Die Linke bemängelte dagegen, dass die Brückenteilzeit nicht einmal in fünf Prozent der Betriebe gelten solle und fast die Hälfte der berufstätigen Frauen ausschließe, wie Fraktionsvize **Susanne Ferschl** sagte. Wegen der Schwelle von 45 Beschäftigten könne vom geplanten Recht nur rund jeder vierte Beschäftigte in Deutschland (26,6 Prozent) Gebrauch machen, so die Linken unter Berufung auf Zahlen der Bundesregierung.

Auch die Präsidentin des Sozialverbands VdK, **Verena Bentele**, kritisierte, der Anspruch sei zu stark eingeschränkt.

Basil Wegener (Berlin)

Internet

- Gesetzentwurf, erste Version April <http://dpaq.de/OfA3h>
- Gesetzentwurf, zweite Version Juni <http://dpaq.de/GvYWJ>
- Heil am 18.5. im Bundestag <http://dpaq.de/EVkgU>
- Koalitionsvertrag <http://dpaq.de/8k3F1>

Pflegeausbildung soll attraktiver werden

Berlin (dpa) - Die Ausbildung für Pflegeberufe soll ab 2020 attraktiver werden, um die große Personalnot zu bekämpfen. Das Bundeskabinett verabschiedete am 13. Juni eine Verordnung, die eine noch in der vergangenen Wahlperiode beschlossene Reform umsetzt. «Wir wollen, dass sich möglichst viele für diesen verantwortungs- und anspruchsvollen Beruf entscheiden», sagte Gesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU). Dazu gehöre die Abschaffung des Schulgeldes, das in einem Mangelberuf nichts zu suchen habe.

Familienministerin **Franziska Giffey** (SPD) sagte: «Die Ausbildung wird endlich kostenfrei.» Azubis bekämen zudem die Möglichkeit zu einem Abschluss, der automatisch europaweit anerkannt sein werde und Karriereperspektiven eröffne. Die Reform sieht eine gemeinsame Ausbildung von zwei Jahren für alle Azubis vor. Im dritten Jahr können sie dann die allgemeine Ausbildung fortsetzen oder sich auf die Pflege von Kindern oder alten Menschen spezialisieren.

Die Auszubildenden müssen künftig kein Schulgeld mehr zahlen, sondern bekommen eine Ausbildungsvergütung. Die Verordnung regelt unter anderem Anforderungen an die Ausbildung und Prüfungen.

Internet

- Pflegeberufegesetz <http://dpaq.de/uiOny>

Bundestag verlängert Arbeitsfördermaßnahmen

Berlin (dpa) - Eine ganze Reihe von befristeten Regelungen zur Arbeitsförderung gelten länger als ursprünglich geplant. Der Bundestag verlängerte am 14. Juni unter anderem Sonderregelungen zur Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, die Möglichkeit der «assistierten Ausbildung» für leistungsschwache Lehrlinge sowie das Saison-Kurzarbeitergeld für Gerüstbauer. Für kurzfristig Beschäftigte im Kulturbereich - zum Beispiel Schauspieler - gibt es zudem weiterhin einen erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld I. Sämtliche Sonderregelungen wären ohne den Beschluss des Parlaments in den kommenden Monaten ausgelaufen.

Internet

- Gesetzentwurf der Bundesregierung(<http://dpaq.de/abEXe>
- Beschlussempfehlung mit Änderungen(<http://dpaq.de/QTaQF>

Einigung über Erwachsenenbildung in Bayern

München (dpa) - Der bayerische Landtag hat den üblichen Parteienstreit ausnahmsweise begraben - und zwar beim Thema Erwachsenenbildung. Alle vier Fraktionen brachten am 14. Juni gemeinsam ein neues Gesetz ein, das die staatlichen Zuschüsse für die Erwachsenenbildung regelt. Anders als bisher kann die Staatsregierung künftig auch gezielt einzelne Bildungsprojekte fördern, nicht nur Bildungseinrichtungen wie bisher. Nicht ganz griffig ist die behördliche Abkürzung des neuen Gesetzes geraten: BayEbFöG.

Fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe gibt es nur alle paar Jahre; zuletzt wurde nach der Verwandtenaffäre das Abgeordnetengesetz gemeinsam neu geregelt. Dementsprechend bekundeten CSU, SPD, Freie Wähler und Grüne bei der Debatte ihre Freude über das gemeinsame Werk.

Das Gesetz wird nach der Verabschiedung die Rechtsgrundlage für die Fort- und Weiterbildung derjenigen Bürger, die Schule, Ausbildung oder Hochschule bereits hinter sich haben. Nicht gefördert werden dürfen auch künftig kommerzielle Angebote; die Träger müssen gemeinnützig sein.

Deutsche fürchten sich nicht vor Robotern

Berlin (dpa) - Verlieren Sie in den nächsten fünf Jahren durch Roboter oder künstliche Intelligenz Ihren Job? Das glauben laut einer aktuellen Studie lediglich sieben Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland. Damit zeigten sie sich deutlich selbstbewusster als ihre Kollegen in Frankreich und Großbritannien, teilte das Beratungsunternehmen Gallup am 12. Juni mit. Dort seien es 17 beziehungsweise 13 Prozent. «Insbesondere im hoch technisierten Deutschland ist Automatisierung für Arbeitnehmer kein Schreckensszenario», sagte der bei Gallup für die Studie verantwortliche Manager **Marco Nink**.

Dass sich ihre Arbeitsproduktivität durch neue Technologien verbessern werde, glauben dagegen nur 37 Prozent der Beschäftigten in Deutschland, aber 70 beziehungsweise 66 Prozent der britischen und französischen Arbeitnehmer. Das Beratungsunternehmen befragte für die repräsentativen Ergebnisse nach eigenen Angaben im Februar und März jeweils 1000 Arbeitnehmer im Alter ab 18 Jahren in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien.

Internet

- Gallup Studie <http://dpaq.de/RCn6B>

FORSCHUNGSPOLITIK

40 Millionen Euro für Forschung zur DDR

Berlin (dpa) - Zur tieferen Erforschung der DDR-Geschichte und des SED-Unrechts fördert das Bundesforschungsministerium 14 Forschungsverbände mit bis zu 40 Millionen Euro. Zu den Forschungsfragen zähle begangenes Unrecht, etwa in Haftanstalten, Erziehungsheimen, im Gesundheitswesen sowie gegen Ausreisewillige, teilte das Ministerium mit.

Untersucht werden sollten auch «Modernisierungsblockaden» in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein weiterer Fokus liege auf den Nachwirkungen der DDR und ihres Endes bis heute. Der Sender MDR Thüringen hatte zuerst über die Förderung berichtet, von der Projekte unter der Federführung von Universitäten in Berlin, Leipzig, Mainz, Kiel, Jena, München, Bremen, Jena, Kaiserslautern, Dresden und Bochum profitieren werden.

Bundesforschungsministerin **Anja Karliczek** (CDU) sagte: «Viele Menschen in unserem Land haben nur ein geringes Wissen über die DDR.» Wissenslücken sollten geschlossen werden. «Denn für freie und demokratische Gesellschaften ist es entscheidend, die eigene Vergangenheit zu kennen und kritisch zu hinterfragen.»

Die Forschungsergebnisse sollten in die Gesellschaft getragen, Gedenkstätten und andere Akteure in die Verbände einbezogen werden. Der Start der Projekte ist ab Herbst 2018 vorgesehen. Die DDR-Forschung soll in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft verankert werden. Insgesamt wird das Ministerium 32 Hochschulen fördern.

Internet

- Liste der geförderten Forschungsverbände <http://dpaq.de/xCWdt>

Leipziger Forscher kämpfen gegen Fettleibigkeit

Leipzig (dpa) - Im Kampf gegen Zivilisationskrankheiten wie Übergewicht und Diabetes bündeln künftig Forscher in Leipzig ihre Kompetenzen. Mit der Unterzeichnung der Gründungsvereinbarung startete am 13. Juni das Helmholtz-Institut für Metabolismus-, Adipositas- und Gefäßforschung (HIMAG). «Aus den Zusammenwirkungen von Grundlagenforschung und klinischer Forschung sollen neue Therapiemöglichkeiten entstehen, die den vielen Betroffenen helfen», teilte Bundesforschungsministerin **Anja Karliczek** (CDU) mit.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 -

Kooperation München/Leipzig

In dem Institut kooperieren künftig das Helmholtz Zentrum München sowie die Medizinische Fakultät der Universität Leipzig und das Universitätsklinikum Leipzig. Ziel ist es, die Zusammenhänge zwischen krankhaftem Übergewicht und der Entstehung von Folgekrankheiten herauszuarbeiten. So sollen die Biologie des Fettgewebes besser verstanden, der Stoffwechsel interdisziplinär erforscht und die Gefäße, die durch Übergewicht verengt sind, untersucht werden.

Sachsen leistet bis 2020 eine Anschub-Grundfinanzierung in Höhe von 10,4 Millionen Euro. Damit werden drei Professuren mit jeweils einer Nachwuchsforschungsgruppe sowie der Aufbau einer klinischen Studienambulanz gefördert.

Für Sachsen biete sich die große Chance, «auf einem wissenschaftlich bedeutsamen und gesellschaftlich hochrelevanten Gebiet der medizinischen Forschung eine internationale Spitzenposition zu erlangen», sagte Sachsens Wissenschaftsministerin, **Eva-Maria Stange** (SPD). Von 2021 an finanziert das Bundesforschungsministerium das HIMAG zu 90 Prozent, was etwa fünf Millionen Euro entspricht.

Internet

- Mitteilung Bundesforschungsministerium <http://dpaq.de/dLylt>

Baustart am neuen Cern-Teilchenbeschleuniger

Genf (dpa) - Mit dem Ausbau des weltgrößten Teilchenbeschleunigers (LHC) sollen die Grenzen der bislang bekannten Physik gesprengt werden. Am 15. Juni fiel bei der Europäischen Organisation für Kernforschung (Cern) im französisch-schweizerischen Grenzgebiet bei Genf der Startschuss für das Projekt. Unter anderem wurde eine Zeitkapsel mit Dokumenten und Memorabilien in Betonblöcke eingelassen, die von künftigen Generationen vielleicht wieder zu Tage gefördert werden.

Was geschah nach dem Urknall?

Die Arbeiten am HiLumi-LHC-Projekt dauern bis 2025. Dann sollen in dem 27 Kilometer langen unterirdischen Ringtunnel des Beschleunigers Billionen zusätzliche Protonen unterwegs sein und mehr Kollisionen erzeugt werden. So simulieren die Physiker die ersten Nanosekunden nach dem Urknall, aus dem nach gängiger wissenschaftlicher Meinung das Weltall entstanden ist. Sie beobachten die Protonenkollisionen und hoffen auf neue Aufschlüsse über die Geheimnisse des Universums. Sie wollen unter

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 -

anderem die unbekannte Dunkle Materie und Dunkle Energie erforschen, die nach derzeitigem Kenntnisstand rund 95 Prozent des Universums ausmachen.

Parallel zu den Ausbauarbeiten beginnt Ende des Jahres eine geplante zweijährige Wartungsphase am Beschleuniger. Er wird 2021 mit besseren Messinstrumenten, aber noch im alten Modus wieder angefahren.

Viele Cern-Erfindungen sind heute Allgemeingut, als Komponenten in Handys, bei diagnostischen Prozessen wie der Computertomografie, in der Halbleiterproduktion und bei der Tumorbehandlung. Und natürlich «die Mutter aller Erfindungen»: das am Cern entwickelte World Wide Web, das Internet. Als staatlich finanzierte Organisation stellt das Cern der Gesellschaft Entwicklungen ohne Patent zur Verfügung.

Internet

- Errungenschaften auf Basis von Cern-Technologie <http://dpaq.de/Siq1v>
- Cern-Hintergrund über den Beschleuniger allgemein <http://dpaq.de/3TuTs>
- Ausbau-Info deutsch <http://dpaq.de/bdtVI>
- Projekt <http://dpaq.de/VljPc>

HOCHSCHULE

Talentquote für Medizinstudium

Stuttgart (dpa) - Bei der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Reform der Zulassung zum Medizinstudium will Baden-Württemberg die Bedeutung des Abitur-Schnitts zurückdrängen und Testverfahren stärken. «Wir wollen den Talenten mehr Chancen geben. Deswegen stärken wir das Testelement», sagte Wissenschaftsministerin **Theresia Bauer** (Grüne) der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart.

Karlsruhe hatte im Dezember entschieden, dass das bisherige Auswahlverfahren teils verfassungswidrig ist und bis Ende 2019 neu geregelt werden muss. Heute haben fast nur Einser-Abiturienten eine Chance auf ein Medizinstudium; für viele gelten Wartezeiten von bis zu 15 Semestern. Die Richter verlangten unter anderem transparentere Verfahren, mehr Vergleichbarkeit der Abinoten und weniger Wartezeit.

Individuelle Talente finden

«Das Medizinstudium ist ein heiß begehrtes Gut, ein teures Gut. Es ist für uns eine wichtige Frage, wer Zugang dazu bekommt», erklärte Bauer. Baden-Württemberg habe schon bisher vergleichsweise stark nicht nur auf den Abi-Schnitt, sondern auf Tests gesetzt. «Wir haben uns über das Urteil sehr gefreut, weil wir grünes Licht für unseren bisherigen Weg haben, den wir nun weiterentwickeln können.»

Neben dem Test für medizinische Studiengänge (TMS) führe Baden-Württemberg eine neue Talentquote ein: Wer in multiplen Mini-Interviews Talente und Fähigkeiten wie Auffassungsgabe, Konzentrationsvermögen oder Empathiefähigkeit beweise, solle eine Chance auf das Studium bekommen. «Es geht um die Möglichkeit, Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, die man als Hausarzt und Allgemeinmediziner in besonderer Weise braucht», sagte Bauer. Ziel sei es, 100 von 1500 Plätzen in Baden-Württemberg so zu vergeben. Bauer hält das auch für einen Weg, die Allgemeinmedizin zu stärken.

Keine Chance für die Quote

Nichts hält Bauer hingegen von einer Landarztquote, um Mediziner aufs Land zu locken. Andere Länder wollen den Zugang zum Studium für Kandidaten erleichtern, die sich vorab verpflichten, anschließend aufs Land zu gehen. Zum einen suggeriere man, beim Allgemeinmediziner auf dem Land genügten andere Standards, kritisierte Bauer. Zum anderen würden Menschen, die auf diesem Weg einen Studienplatz bekämen, dann aber nicht

auf dem Land arbeiten wollten, einen Ausweg suchen. «Und sie werden ihn finden: Denn wenn man genug Geld hat, kauft man sich einfach wieder raus.»

Roland Böhm (Stuttgart)

HU-Senat stimmt für Islamische Theologie

Berlin (dpa) - Die umstrittene Gründung eines Instituts für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität (HU) Berlin hat eine weitere Hürde genommen. Der Akademische Senat beschloss am 12. Juni mehrheitlich, den Start des Instituts zu empfehlen. Das letzte Wort hat das HU-Kuratorium, das am 29. Juni tagt.

Streit gibt es um den Beirat für das Institut, an dem vom Wintersemester 2018/19 an Imame und Religionslehrer ausgebildet werden sollen. Liberale Muslime, aber auch HU-Studenten kritisieren seine Zusammensetzung, weil nach ihrer Darstellung ausschließlich drei konservativ ausgerichtete Islamverbände Vertreter entsenden sollen. Im Beirat, der über wichtige inhaltliche Fragen der Ausbildung entscheiden soll, sollten auch andere Vertreter der muslimischen Gemeinschaft angehören, etwa aus Nordafrika oder Bosnien, so die Forderung.

Im Beirat sollen die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden, der Zentralrat der Muslime und die Islamische Föderation in Berlin sitzen. Das Gremium, dem auch zwei Wissenschaftler angehören sollen, soll ein Vetorecht aus religiösen Gründen bei der Besetzung von Professuren haben. Entschieden werden soll mit Zweidrittelmehrheit. Die HU betonte, die Aufnahme weiterer Verbände sei nach den Regeln der Kooperationsvereinbarung möglich.

Esteban Engel (Berlin)

Deutlich mehr Habilitationen in NRW

Düsseldorf (dpa) - In Nordrhein-Westfalen haben im vergangenen Jahr deutlich mehr Akademiker eine Habilitation abgeschlossen, die zur Lehre an Hochschulen berechtigt. Im Vergleich zu 2016 wuchs die Zahl der Abschlüsse um mehr als zehn Prozent auf 322, wie das Statistische Landesamt am Dienstag mitteilte. Besonders beliebt waren dabei medizinische, geisteswissenschaftliche und mathematische Fächer. Die Habilitation ist in den meisten Fächern eine zentrale Voraussetzung für eine Bewerbung als Hochschulprofessor.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 -

Die Habilitation setzt in der Regel eine Promotion und eine langwierige wissenschaftliche Habilitationsschrift voraus, die viele Jahre erfordert. Das Durchschnittsalter der Absolventen betrug in NRW laut Statistik zuletzt 41 Jahre, was immer wieder auf Kritik stößt. Habilitierte Akademiker finden in diesem Alter nämlich oft nur noch mit Mühe Jobs in der Privatwirtschaft, falls es mit einer Hochschulkarriere angesichts der äußerst knappen Professorenstellen nicht klappt.

Internet

- Mitteilung <http://dpaq.de/maell>

Studenten wollen mehr Geld für Hochschuljobs

Berlin (dpa) - In Berlin haben Hunderte Studenten für eine bessere Bezahlung ihrer Hochschuljobs demonstriert. Sie fordern eine deutliche Erhöhung der Stundenlöhne sowie in Zukunft eine Koppelung ihrer Gehälter an die Lohnentwicklung der anderen Hochschulbeschäftigten. Am 13. Juni seien mehr als 1000 Studierende für einen fairen Tarifvertrag auf die Straße gegangen, sagte **Matthias Neis** für die Gewerkschaft Verdi.

In Berlin gibt es rund 8000 Studenten mit Jobs an Hochschulen; sie leiten zum Beispiel Tutorien. Seit 2001 habe ihr Stundenlohn konstant bei 10,98 Euro gelegen, sagte Neis. Die Studierenden forderten nun samt Inflationsausgleich rund 14 Euro pro Stunde, die Hochschulen des Landes Berlin böten hingegen bisher nur 12,13 Euro pro Stunde an. Der Hauptstreitpunkt sei aber die künftige Koppelung der Studentenlöhne an die Gehaltsentwicklung anderer Hochschulgruppen, erläuterte Neis.

Erstmals Rektorin an der Hochschule Stralsund

Stralsund (dpa) - Die Hochschule Stralsund soll erstmals von einer Frau geführt werden. Der erweiterte Senat der Hochschule votierte am 12. Juni mit großer Mehrheit für die Maschinenbau-Professorin **Petra Maier** (45) als Rektorin, wie die Hochschule mitteilte. Prorektor **Dirk Engel** bezeichnete die Wahl als «sehr gute Entscheidung für die Hochschule Stralsund». Maier muss nun noch vom Kultusministerium in das Amt berufen werden. Die Hochschule hatte sich Ende 2017 vorzeitig von dem damaligen Rektor **Matthias Straetling** getrennt. Die künftige Rektorin Maier betonte, dass eine starke regionale Verankerung Voraussetzung für nationalen und internationalen Erfolg sei.

SCHULE

Minister fordert: Mathe unterhaltsamer machen

Flensburg/Kiel (dpa) - Weniger reines Rechnen, dafür mehr Zeit zum Denken und Analysieren im Unterricht: Dafür plädiert der Flensburger Mathematik- und Didaktikprofessor **Hinrich Lorenzen**. Die Idee, mit interessanten Aufgaben Mathematik zu betreiben, müsste definitiv in den Schulunterricht einziehen», sagte Lorenzen der Deutschen Presse-Agentur. «Das wäre sehr fruchtbar für den Unterricht.»

«Klassische Mathematik» zieht nicht

Auch Schleswig-Holsteins Wirtschafts- und Arbeitsminister **Bernd Buchholz** (FDP) hält es für erforderlich, den Mathematikunterricht an den Schulen attraktiver zu machen. Wenn das Land seinen Fachkräftemangel in den Griff bekommen wolle, müssten hier dringend Verbesserungen erreicht werden, sagte er. Hintergrund der Äußerungen ist die Tatsache, dass der Notendurchschnitt in Mathematik bei den diesjährigen Abschlussprüfungen im Norden deutlich gesunken ist.

«Die klassischen Formen des Mathematikunterrichts, in dem ich eine Formel habe und etwas einsetze und rechne, spiegelt nicht die Mathematik wider wie sie sein könnte», sagte Lorenzen. Dabei hätten viele Kinder Spaß, die freien Seiten der Mathematik kennenzulernen und weniger zu rechnen und mehr zu knobeln.

Neue Inhalte auch für Lehramtsstudenten

Er forderte mehr Zeit für eine solche Art der Mathematik an Schulen - die Mathelehrausbildung an der Uni Flensburg wurde entsprechend gestaltet. «Wir versuchen, mit reduziertem Stoff exemplarisch mathematische Problemlösungskompetenz zu entwickeln und zu stärken», sagte Lorenzen. Auch die Didaktik komme nicht zu kurz. Ziel sei, ein vertieftes Verständnis von Mathematik zu erzeugen und eine sowohl fachlich als auch fachdidaktisch souveräne Lehrkraft auszubilden. «Denn das ist das alles Entscheidende, dass die Lehrkraft in den wenigen, entscheidenden Gegenständen des Schulunterrichtes wirklich sicher ist, um didaktisch wirken zu können.»

An der Flensburger Universität gibt es seit 2011 die sogenannte Schülerakademie für mathebegeisterte Schüler ab der dritten Klasse. Sinn sei weder Begabtenförderung noch Nachhilfe, sagte der Leiter der Akademie, **Michael Schmitz**. Es sei vielmehr eine Art Breitenförderung ohne Druck. «Man muss keine Eins in Mathe haben, um mitzumachen.» Auch die Flensburger Lehramtsstudenten profitierten von der Schülerakademie und

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - SCHULE

Mathematikolympiade. Etwa indem sie die Kurse der Schülerakademie leiteten und Exkursionen mit den Schülergruppen machten. Oder bei den Olympiaden bei der Besprechung, der Präsentation und der Korrektur von Aufgaben helfen.

Erfolgsfaktor für die Hochschule

Die Art des Studiums zieht offensichtlich Studenten nach Flensburg. Nach Deutsch ist Mathe das beliebteste Fach bei der dortigen Lehrerausbildung. Im Wintersemester 2017/18 haben 196 Studierende im ersten Fachsemester Mathematik gehabt. Insgesamt studieren zurzeit im Bachelorstudien-gang «Bildungswissenschaften» und in den verschiedenen lehramtsbezo-genen Masterstudiengängen 630 Studierende Mathematik in Flensburg. 63 Masterabsolventen gehen aktuell voraussichtlich ins Referendariat.

Doch obwohl die Zahlen ganz gut aussehen: Viele Jungen und Mädchen, die sich für Mathematik begeisterten und das Fach später studierten, ent-schieden sich nicht für den Lehrerberuf. «Die Schule ist für sie keine Per-spektive, da sie weiterhin selbst aktiv Mathematik treiben wollen und glau-ben, dass man als Lehrer nicht mehr Mathematik in einem vitalen, kreati-ven Sinn treiben kann», sagte Lorenzen. Das sei aber ein falscher Glaube, der auch aus dem Matheunterricht resultiere, den sie selbst erlebt haben. Er hoffe, dass sich dies nach und nach ändere und die neu ausgebildeten Lehrer das Bild des Matheunterrichts änderten.

Birgitta von Gyldenfeldt (Flensburg)

NRW-Realschulen künftig mit Hauptschulzweig

Düsseldorf (dpa) - Realschulen in Nordrhein-Westfalen sollen künftig schon ab der fünften Klasse Hauptschulzweige anbieten können. Einem entsprechenden Antrag von CDU und FDP zur Änderung des Schulgeset-zes stimmten am 13. Juni die Regierungsfractionen und die AfD im Landtag zu.

Mehr als 150 von derzeit 318 Hauptschulen seien von Schließung bedroht, sagte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP). Diese Schulform sei man-gels Nachfrage in vielen Regionen nicht mehr wohnortnah erreichbar. In dem Antrag von CDU und FDP heißt es, die Hauptschule bilde ein wichti-ges Rückgrat des dualen Ausbildungssystems und damit des wirtschaftli-chen Erfolgs in NRW.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - SCHULE

Schulstreit flammt wieder auf

Bei SPD und Grünen lösten die Regierungspläne Empörung aus. Der Antrag sei eine «Kampfansage» an Eltern und Kinder und kündige den 2011 zwischen allen Parteien vereinbarten Schulfrieden, sagte der SPD-Schulexperte **Jochen Ott**. Der Vorstoß missachte den Willen von Eltern, die ihre Kinder an Gesamtschulen anmelden wollten, aber nicht könnten, weil das Platzangebot dort nicht ausreiche.

Die Grünen-Politikerin **Sigrid Beer** sagte, die Initiative der Regierung sei «zum Scheitern verurteilt» und «meilenweit weg von einer Pädagogik der Vielfalt». Damit solle das gegliederte Schulsystem aus dem letzten Jahrtausend wiederbelebt werden. Besser wäre es, Haupt- und Realschule gemeinsam in Gesamt- oder Sekundarschulen umzuwandeln. So aber würden künstliche Hauptschulzweige geschaffen und Kinder weiter aussortiert.

Auch die Lehrgewerkschaft VBE NRW ist gegen die Regierungspläne zu Hauptschulklassen in Realschulen. Die Realschule kämpfe schon jetzt mit zu großen Klassen und einer heterogenen Schülerschaft, sagte der VBE-Landesvorsitzende **Stefan Behlau**. Bildungswege müssten möglichst lange offengehalten werden.

2011 hatte sich die damalige Minderheitsregierung unter **Hannelore Kraft** (SPD) mit der Opposition auf einen Konsens geeinigt und die schulformübergreifende Sekundarschule als neue Schulform beschlossen. Die Bestandsgarantie für die immer weniger nachgefragten Hauptschulen wurde aus der Verfassung gestrichen.

Internet

- Schulstatistik <http://dpaq.de/d04pl>
- Antrag von CDU und FDP <http://dpaq.de/IE1ry>

100 Millionen Euro für Schulen im Norden

Kiel (dpa) - Schleswig-Holsteins Landesregierung zieht Investitionen in Kitas, Schulen, Digitalisierung und Sportanlagen vor. Dazu beschloss das Kabinett am 12. Juni ein Sofortprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro. 70 Millionen davon seien mit konkreten Maßnahmen versehen, sagte Finanzministerin **Monika Heinold** (Grüne). Die fehlenden 30 Millionen sollen im Herbst folgen. Das Geld kommt aus dem Sondervermögen «Impuls»; es sind keine zusätzlichen Mittel.

Heinold bekräftigte das Ziel, den über Jahrzehnte entstandenen Sanierungsstau von mehr als fünf Milliarden Euro bis 2030 abzubauen. Das jetzt auf den Weg gebrachte Programm sieht 22 Millionen Euro für Digitalisierung vor. Davon fließen fast 10 Millionen in den Anschluss weiterer Schulen

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - SCHULE

an das schnelle Glasfasernetz, an das derzeit jede Woche fünf bis zehn Schulen angebunden werden. Ähnlich stark nachgefragt ist die Sanierung von Schultoiletten, wofür jetzt weitere sechs Millionen Euro bereitgestellt werden. Sieben Millionen Euro gibt es für den Schulbau, 20 Millionen für Sportstätten, die Hälfte davon für das Stadion der Zweitliga-Fußballer von Holstein Kiel. Zehn Millionen Euro sind für Baumaßnahmen an Kitas eingeplant. Im Gegenzug werden andere Maßnahmen später angeschoben. «Was gut läuft, wird beschleunigt», sagte Heinold.

Kapazitäten fehlen

Ein Problem bei Investitionen sind fehlende Kapazitäten: Das Land hatte in finanziell schlechten Zeiten Verwaltungspersonal abgebaut. Nun ist viel Geld da, das zum Teil nicht so schnell verbaut werden kann wie gewünscht. Das liegt nicht nur am Fehlen von Planern, sondern auch an mangelnden Baukapazitäten. Diese wiederum treiben die Preise in die Höhe. «Wir werden nicht jeden Preis zahlen, betonte Heinold. Auf überhöhte Angebote werde sie nicht eingehen; lieber würden Maßnahmen geschoben. Dennoch hat Heinold für mögliche Kostensteigerungen 180 Millionen Euro reserviert.

Internet

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/PU2po>

Konflikt um Sachsens Lehrer hält an

Dresden (dpa) - In Sachsen werden die Lehrer nicht müde, für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu streiten. Mehr als 1000 Pädagogen demonstrierten am 12. Juni vor dem Kultusministerium für ihre Belange. Kultusminister **Christian Piwarz** (CDU) hatte schon zuvor Sachlichkeit und Realitätssinn angemahnt. Es seien teilweise auch bewusst geschürte Erwartungshaltungen in der Welt, die er nicht erfüllen könne, sagte er in Dresden. Die geplante Verbeamtung von Lehrern bis zum 42. Lebensjahr stieß und stößt vor allem bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), aber auch bei Linken und in der SPD auf Kritik, weil sie ältere Kollegen benachteiligt sehen.

Piwarz verwies darauf, dass bei dem rund 1,7 Milliarden Euro schweren Handlungspaket für die kommenden Jahre allein 420 Millionen Euro für die angestellten Lehrer gedacht sind. «Wir haben uns einen finanziellen Rahmen gesteckt, und an den werden wir uns auch halten», sagte der Minister. Es allen recht zu machen, sei so etwas wie die Quadratur des Kreises. Man müsse eine Lösung finden, die möglichst viele Lehrer erreiche.

Mehr Ethik-Unterricht in Niedersachsen

Hannover (dpa) - Nach einer aus Sicht des Landes erfolgreichen Probe-phase will Niedersachsen das Fach Werte und Normen als Alternative zum Religionsunterricht im kommenden Schuljahr an mehr Grundschulen anbieten. «Das Fach ist in der Testphase an zehn Grundschulen auf eine außer-ordentlich gute Resonanz gestoßen», sagte Kultusminister **Grant Hendrik Tonne** (SPD) der Deutschen Presse-Agentur. Daher solle es ab dem Start des neuen Schuljahres für eine Dauer von zwei Jahren an 40 Grundschu- len unterrichtet werden. Danach müsse man prüfen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um das Fach landesweit an allen Grund- schulen anzubieten.

Bisher wird Werte und Normen in Niedersachsen regulär nur an weiterfüh- renden Schulen unterrichtet. Das Schulfach soll vor allem moralisch- ethische Wegweiser für das gesellschaftliche Miteinander sein, aber auch Grundzüge der Weltreligionen vermitteln. Dabei solle es nicht den Religi- onsunterricht ersetzen, stellte Tonne klar. «Es ist ein Zusatzangebot für Schüler und Schülerinnen, die sonst den Religionsunterricht nicht besu- chen.» Es sei gerade in der heutigen Zeit wichtig, dass Schule Werte wie Vielfalt und Toleranz vermittele.

In Bundesländern wie Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es nach Angaben des Kul- tusministeriums bereits ein Ethik-Fach für Grundschüler.

Dramatischer Lehrermangel an Berliner Schulen

Berlin (dpa) - Der Lehrermangel an Berliner Schulen nimmt immer drama- tischere Züge an: Zum neuen Schuljahr könnten so viele Stellen unbesetzt bleiben wie noch nie. Aktuell sind von 3000 freien Lehrerstellen erst 1750 besetzt, wie Bildungssenatorin **Sandra Scheeres** (SPD) am 11. Juni mit- teilte. Es fehlen noch 1250 Lehrer. «Wir werden im Sommer ein Gap ha- ben», sagte Scheeres.

Wie groß die Lücke (englisch: Gap) zu Schuljahresbeginn schließlich sein wird, ist offen. Da zu wenige Lehramtsstudenten von den Hochschulen kommen und eine Aufstockung der Ausbildungskapazitäten erst in zwei Jahren oder später wirkt, setzt das Land stark auf Quereinsteiger.

Scheeres: Unterricht nicht gefährdet

Für sogenannte Mangelfächer wurden laut Scheeres unter 2000 Bewerbern 1000 Quereinsteiger zu Bewerbungsgesprächen eingeladen. Die Verfahren

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - SCHULE

laufen noch, etwa 80 Prozent der Eingeladenen kamen auch wirklich zum Termin. Als Mangelfächer gelten Musik, Sport, naturwissenschaftliche und sonderpädagogische Fächer sowie an Grundschulen Deutsch und Englisch. Zudem wollen 160 Lehrer, die eigentlich in Pension gehen könnten, weiterarbeiten.

«Der Unterricht ist nicht gefährdet», betonte Scheeres mit Blick auf die sogenannte Stundentafel, die eingehalten werde. Das gelte auch, wenn am Ende nicht alle freien Stellen besetzt werden könnten. «Wir haben viele zusätzliche Ressourcen», sagte sie. So seien Angebote für zusätzliche Sprachförderung, Integration, Inklusion oder Berufsorientierung an den Schulen in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut worden. Dort gebe es rund 4000 Vollzeitstellen.

Abordnungen überprüfen

Geprüft wird in der Bildungsverwaltung auch, abgeordnete Lehrer an Hochschulen, Museen oder Projekten zurück an die Schulen zu holen. In der Kultusministerkonferenz will Berlin diskutieren, künftig auch Ein-Fach-Lehrer für das Lehramt zuzulassen. Bisher müssen Lehrer zwei Fächer unterrichten.

Der Fachkräftemangel bei Lehrern sei bundesweit ein Problem, sagte Scheeres. Berlin stehe in Konkurrenz mit den anderen Ländern. Wünschenswert wäre aus ihrer Sicht abgestimmtes Vorgehen, etwa eine gemeinsame Werbekampagne. Aber daran habe nicht jedes Land Interesse.

Stefan Kruse (Berlin)

Internet

- Blickpunkt Schule mit Daten und Fakten 2017/2018 <http://dpaq.de/jVcEO>
- Infos zur Einstellung von Lehrkräften <http://dpaq.de/qGFFx>

Mehr Sozialpädagogen an NRW-Grundschulen

Düsseldorf (dpa) - Die Zahl der Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen soll um 600 auf knapp 1200 verdoppelt werden. Das teilte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) am 12. Juni mit. Die Grundschulen könnten ab sofort die neuen Stellen ausgeschrieben und besetzen. In NRW gibt es knapp 2800 Grundschulen.

Die Sozialpädagogen unterstützen Lehrer im Unterricht, erstellen individuelle Förderpläne und begleiten einzelne Kinder, damit sie dem Unterricht besser folgen können. Besonders in den ersten Schuljahren sei ihr Einsatz

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 -

wichtig, da die Schüler unterschiedliche Voraussetzungen für den Unterricht mitbrächten, sagte Gebauer.

Zweifel an der Realisierbarkeit

Die Verteilung der Stellen richtet sich nach sozialen Kriterien und der Schüleranzahl. Die Stellenausschreibungen richten sich an sozialpädagogische Fachkräfte mit Fachhochschul- oder Uniabschluss und an Diplom-Pädagogen. Zuvor hatte die «Rheinische Post» berichtet. Die Bildungsgewerkschaft GEW bezweifelte in der Zeitung, dass die 600 Stellen tatsächlich besetzt werden können. Auch an Erziehern und Sozialpädagogen herrsche Mangel.

Internet

- Schulstatistik NRW <http://dpaq.de/d04pl>

Gymnasium schafft Leih-Burkinis an

Herne (dpa) - Mit der Anschaffung von Leih-Burkinis für muslimische Schülerinnen hat sich ein Gymnasium aus Herne die Kritik von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) zugezogen. Zu den Aufgaben von eigenverantwortlichen Schulen gehöre es zwar, auf Herausforderungen «lebenspraktisch» zu regieren. «Aber die Beschaffung von Burkinis gehört nicht zu den Grundaufgaben einer Schule», sagte Gebauer.

Jeder soll schwimmen lernen

Das Pestalozzi-Gymnasium in Herne hat einem Bericht der «WAZ» (12. Juni) zufolge 20 der Kleidungsstücke, die bis auf Gesicht, Hände und Füße alle Körperteile bedecken, im Ausland bestellt. Sie werden kostenlos an muslimische Schülerinnen verliehen. Damit «hat keiner mehr eine Ausrede, nicht am Unterricht teilzunehmen», sagte Schulleiter **Volker Gößling** der Zeitung. «Bei uns soll jeder Schwimmen lernen und dafür schaffe ich die Bedingungen.» Das Geld für die Burkinis stammt dem Bericht zufolge unter anderem aus einem schulinternen Spendenlauf für Flüchtlinge.

Schulministerin Gebauer verwies darauf, dass die Schulpflicht sich auch auf den Schwimmunterricht erstrecke. Einen Anspruch auf geschlechtergetrennten Schwimmunterricht gebe es nicht.

VORSCHULE

Rheinland-Pfalz: Mehr für Problem-Kinder tun

Budenheim (dpa) - Der Kinderschutzbund Rheinland-Pfalz dringt auf eine engere Vernetzung von Jugendämtern, Kinderärzten und Hebammen, um Probleme früher zu erkennen. «Wenn sie alle Hand in Hand arbeiten, dann kann man da relativ viel zum Schutz von Kindern beitragen», sagte der Vorsitzende **Christian Zainhofer** der Deutschen Presse-Agentur in Mainz. Das verbessere die Möglichkeiten, frühzeitig von außen eine mögliche Gefährdung eines Kindes festzustellen. Er hält mehr Geld für die kommunalen Jugendämter für notwendig, um vorsorgend eingreifen zu können. «Da sind der Bund und das Land echt gefordert, den Jugendämtern Geld in die Hand zu geben.»

Eine Studie der Hochschule Koblenz hatte ergeben, dass viele Jugendämter in Deutschland ihren Aufgaben beim Kinderschutz nur unzureichend nachkommen. Auf rund 13 300 Mitarbeiter im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) kommen demnach mehr als eine Million Fälle.

Hilfe soll vor Ort schnell erreichbar sein

Wenn Kinder Probleme haben, sollen die Eltern die passenden Hilfsangebote in Rheinland-Pfalz schneller finden - das plant die Landesregierung. «Die Unterstützungsangebote sollen noch zielgenauer dort abrufbar sein, wo die Familien leben, die Unterstützung benötigen - zum Beispiel in den Kitas, in den Schulen und in den entsprechenden Wohnvierteln», erklärte eine Sprecherin des Familienministeriums. «Wir brauchen auch mehr niedrigschwellige Angebote in unseren Familieninstitutionen wie zum Beispiel offene Treffs.» Die Unterstützung zum Beispiel für Alleinerziehende und Kinder psychisch kranker Eltern solle verstärkt werden, damit betroffene Familien nicht stigmatisiert würden.

Erfolgreiche Netzwerke

Das Kinderschutzgesetz, das den Schutz des Kindeswohls und der Kindergesundheit zum Ziel hat, wird in diesem Jahr zehn Jahre alt. Als größte Errungenschaft sieht das Familienministerium den Aufbau von Netzwerken in allen Kreisen und Städten. «Neben den Jugendämtern sind die Gesundheitsämter, Familienhebammen und Schwangerenberatungsstellen, aber auch Geburtskliniken Träger von Angeboten der Hilfen zur Erziehung», sagte Familienstaatssekretärin **Christiane Rohleder** (Grüne). Zu den Netzwerken gehörten auch Kitas, Polizei, Schulen und Beratungsstellen. Im

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - VORSCHULE

Rahmen des Landeskinderschutzgesetzes erhalten die Jugendämter rund 1,4 Millionen Euro im Jahr vom Land.

Der Kinderschutzbund, der in diesem Jahr 50 wird, sieht trotz vieler Errungenschaften auch noch Herausforderungen für den Schutz von Kindern. Die Kinderrechte seien zumindest in der Verfassung erwähnt und Rheinland-Pfalz habe gebührenfreie Kitas, sagte Zainhofer. Aber: «Auch in Rheinland-Pfalz leben Kinder in Armut, das muss man ganz klar sagen. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es Fälle der Vernachlässigung, es gibt Fälle von sexuellen Übergriffen.»

Oliver von Riegen (Mainz)

Internet

- Hochschule Koblenz zur Studie über Jugendämter <http://dpaq.de/2nl4P>
- Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz <http://dpaq.de/tgk6Y>

Die meisten Väter ohne Baby-Urlaub

New York (dpa) - Die Väter von rund zwei Dritteln aller Babys weltweit müssen einem Bericht der UN-Kinderschutzorganisation Unicef zufolge ohne einen einzigen Tag an bezahltem Vaterschaftsurlaub auskommen. Fast 90 Millionen Kleinkinder unter einem Jahr leben in 92 Ländern, wo es keine gesetzlichen Verpflichtungen zu bezahltem Vaterschaftsurlaub gebe, hieß es in dem am 14. Juni in New York veröffentlichten Bericht. Dazu gehörten beispielsweise Indien, Nigeria und die USA. In Brasilien und dem Kongo gebe es beispielsweise nur sehr kurzen bezahlten Vaterschaftsurlaub.

Weltweit bieten 109 Länder eine Form von bezahltem Vaterschaftsurlaub. Die Angebote in Deutschland, Finnland, Island, Norwegen, Südkorea und Schweden gehörten zu den besten für Familien, hieß es von Unicef. Als erste UN-Behörde bietet Unicef selbst Vätern bis zu 16 Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub an. Der Standard bei den Vereinten Nationen liegt bei vier Wochen.

Bezahlter Vaterschaftsurlaub sei notwendig, damit Väter eine Beziehung zu ihren Babys aufbauen könnten. «Positive und bedeutsame Beziehungen zu Müttern und Vätern von Anfang an tragen zum Wachstum des Gehirns der Kinder und zu ihrer Entwicklung bei, machen sie gesünder und fröhlicher, und stärken ihre Lernfähigkeit», sagte Unicef-Chefin **Henrietta Fore**.

Übergewicht schon in der Vorschule verbreitet

Schwerin (dpa) - Nahezu jedes siebte Vorschulkind in Mecklenburg-Vorpommern ist zu dick. Bei den Schuleingangsuntersuchungen im Schuljahr 2016/17 stellten die Ärzte bei 13,5 Prozent der Kinder Übergewicht fest. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken im Landtag hervor. Im Jahr davor hatte der Anteil der übergewichtigen Vorschulkinder noch 12,1 Prozent betragen, noch ein Jahr davor waren es 12,3 Prozent.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, **Simone Oldenburg**, sprach von «zum Teil erschreckenden Befunden». Sie forderte an jeder Schule ein gesundes Mittagessen, das den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entspricht. Darüber hinaus müsse ab Klasse sieben eine dritte Sportstunde eingeführt werden. Außerdem befindet sich jedes sechste Kind vor dem Schulanfang wegen Sprachstörungen in ärztlicher Behandlung. Von den im Schuljahr 2016/17 bei den Einschulungsuntersuchungen vorgestellten 14 826 Mädchen und Jungen traf dies auf 2399 zu. Für weitere 871 Kinder wurde ein Arztbesuch empfohlen.

Internet

- Kleine Anfrage und Antwort <http://dpaq.de/mZN0I>

Weiter frisches Obst für Niedersachsens Kinder

Hannover (dpa) - Viele Grundschüler und Kindergartenkinder in Niedersachsen werden auch im kommenden Schuljahr kostenlos frisches Obst, Gemüse und Milch erhalten. 800 Schulen und 400 Kindertagesstätten werden von diesem Sommer bis zum Sommer 2019 an dem EU-Schulprogramm teilnehmen, teilte das Landwirtschaftsministerium mit.

Das Programm wird mit vier Millionen Euro aus EU-Mitteln sowie mit Geldern aus dem Landeshaushalt finanziert. «Das Geld ist sinnvoll investiert. Das Fundament für eine gesunde Ernährung wird so bei den Jüngsten gelegt», sagte Agrarministerin **Barbara Otte-Kinast** (CDU).

Die EU schreibt vor, dass alle teilnehmenden Schulen ernährungspädagogische Begleitprogramme anbieten. Dies können die Einrichtung einer Koch-AG, gemeinsame gesunde Schulfrühstücke oder der Besuch eines Obst-, Gemüse- oder Milchbauern sein.

Neuer Elternbeirat in Brandenburg

Potsdam (dpa) - Ein neuer Landeselternbeirat will sich für die Interessen von Vätern und Müttern von Kita-Kindern in Brandenburg stark machen. Jugendministerin **Britta Ernst** (SPD) begrüßte die Konstituierung des Beirats. «Das Land Brandenburg gehört nun zu den acht Bundesländern, in denen eine gesetzlich legitimierte landesweite Elternbeteiligung existiert», sagte sie.

Der Landeselternbeirat für Kindertagesbetreuung (LEBK) will sich nach eigenen Angaben unter anderem für die Verbesserung der Betreuungsqualität in Kitas, einheitliche Elternbeiträge und die Ausweitung der Gebührenfreiheit einsetzen. In dem Gremium sitzen Elternvertreter aus mehreren Landkreisen und kreisfreien Städten.

Künftig alle Kitas in Frankfurt kostenlos

Frankfurt/Main (dpa) - Vom 1. August an müssen Eltern in Frankfurt für ihre Sprösslinge keine Kindergarten-Gebühren mehr bezahlen - am gesamten Tag. Nach einem entsprechenden Beschluss des Magistrats sprach Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) von einem «besonderes guten Tag für unsere Frankfurter Familien».

Hessens Metropole geht mit dem Schritt über den Beschluss der schwarz-grünen Landesregierung hinaus. Diese hat ab 1. August durch höhere Zuwendungen für die Kommunen die Kitajahre für Kinder ab drei Jahren für täglich sechs Stunden unentgeltlich gemacht. Aus eigenen Mitteln finanziert Frankfurt zusätzlich die Ganztagsbetreuung. Im Kindergartenbereich hat Frankfurt fast 25 000 Betreuungsplätze, rund 80 Prozent im Ganztagsbereich. Eltern sparten künftig bei einem Ganztagsplatz fast 1776 Euro ein.

Feldmann erneuerte seine Forderung, auch Krippen und Horte kostenfrei zu machen wie es die Stadt Berlin plane. Dieser Vorschlag des OB hatte im Stadtparlament keine Mehrheit gefunden. Frankfurt wird gemeinsam von CDU, SPD und Grünen regiert.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - TERMINE

TERMINE

Juni 2018

19. 6. Forum zur deutsch-französischen Forschungskooperation, Bundesministerium für Bildung und Forschung und das französische Ministerium für Hochschulbildung, Forschung und Innovation, Berlin, Info: <http://dpaq.de/6G7Ik>
19. Strategietagung „Familienfreundliches Studium“ der Servicestelle Familienfreundliches Studium (SFS), Deutsches Studentenwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wQqEf>
19. Innovationsforum zum Thema „Zivile Sicherheit“, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ZtJ2M> , (bis 20.)
22. Martin Roth Symposium „What can culture do?“ zum Beitrag der Kultur bei der Beilegung von Krisen und Konflikten in aller Welt. Kraftwerk Berlin. Info: <http://dpaq.de/D6bP> (bis 23.)
26. Deutscher Kitaleitungskongress 2018, Verband Bildung und Erziehung, Augsburg , Info: <http://dpaq.de/zZ0hg>, (bis 27.)
27. Jahrestagung der Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: +49 228 833-144., (bis 29.)
- 28./29. Fraunhofer Gesellschaft lädt ein zur internationalen Wissenschaftskonferenz „Futuras in Res“, Thema: Biologische Transformation in der Produktion – inwieweit lassen sich Muster aus der Natur systematisch für die Produktion und Technik der Zukunft nutzen. <https://www.fraunhofer.de/futuras-in-res>
30. Festsitzung zum Leibniztag 2018 mit Verleihung der höchsten Auszeichnungen der Akademie, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/6bvPQ>

Juli 2018

01. Start der Sommer-Universität für Schülerinnen der Klassen 10 bis 13, Technische Universität Ilmenau, Ilmenau, Info: <http://dpaq.de/RICqo> , (bis 6.)
02. DFG-Jahresversammlung 2018 mit Verleihung des Communicator-Preises 2018 für herausragende Leistungen in der Wissenschaftskommunikation, Bonn, Info: +49 228 885-2665
04. Sommersitzung des Wissenschaftsrates, München, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 6..)
05. DAAD-Netzwerkkonferenz, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn, Info: <http://dpaq.de/aVx3m> , (bis 6.)
10. Tagung zum Thema „Strategische Chancen und Handlungsfelder der Digitalisierung“, Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V., Hannover, Info: <http://dpaq.de/tohcP>, (bis 11.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - TERMINE

17. Symposium zum Thema „Freiheit verpflichtet – was Nachhaltigkeit für die Wissenschaft bedeutet“, Bundesministerium für Bildung und Forschung und Universität München, München, Info: <http://dpaq.de/zuluB>
17. Workshop zum Thema „Potentiale und Grenzen von Praxis-Hochschul-Kooperationen in Forschung und Lehre, Bundesministerium für Bildung und Forschung, München, Info: <http://dpaq.de/MytYb>

August 2018

03. 60. Mitgliederversammlung des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften, Potsdam, Info: <http://dpaq.de/DsMbT> , (bis 5.)

September 2018

11. Verleihung des Anneliese Maier-Forschungspreises und Fachkolloquium, Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/HU0ha> +49 228 833-144, (bis 13.)
12. Tagung zur 21. Sozialerhebung: „Vielfalt und Implikationen studentischer Lebenslagen“, Schloss Herrenhausen, Hannover; Info: <http://www.sozialerhebung.de/SE21tagung> (bis 13.)
19. Medienmesse und Fachtagung fraMediale zum Schwerpunkt „Schnittstellen – Interfaces des Digitalen“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/ZXLYo>
24. Summer School zu nachhaltiger Chemie, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/37FEf> , (bis28.)
25. 52. Deutsche Historikertag an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Motto: „Gespaltene Gesellschaften“. Partnerland werden die Niederlande sein. Info: www.historikerverband.de (bis 28.)
28. Praxis-Workshop zum Thema „Digitalpotenzial – Individuelle Begabungen fördern mit digitalen Helfern“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/SuQuD>

Oktober 2018

- 04.. Jugendkonferenz youcoN zum Thema „Gemeinsam.Zukunft.Leben!“, Stiftung Bildung, Wolfsburg, Info: <http://dpaq.de/6upaW> , (bis 7.)
11. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 -

17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 19..)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>
22. 1. Schulzukunftskongress, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Augsburg, Info: <http://dpaq.de/eimNM> , (bis 23.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zqXGK>

November 2018

- 07.. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
09. 12. Deutscher Kongress Schulverpflegung, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oyten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/ZUadf>
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>

Dezember 2018

- 04.. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Bund will ab 2019 für Digitalisierung zahlen	2
Länder legen eigenen Plan für Bildungsrat vor	2
Kulturminister wollen eigene Konferenzen	3
Friedenspreis für Aleida und Jan Assmann.....	4
Lehrer dürfen auch in Zukunft nicht streiken	6
Wartezeit-Zulassung für Mediziner soll fallen	7
EU-Verlosung von Interrail-Tickets begonnen.....	8
Später zur Schule wegen WM.....	9
Tablets für Berliner Strafgefangene.....	10
Theaterpakt für Mecklenburg-Vorpommern.....	11
KMK-Chef: Gewalttätige Schüler anzeigen	11

KULTURPOLITIK

Einzug in die Exil-Villa von Thomas Mann	12
Deutschland hofft auf neue Welterbestätten	14
Bühnenverein: Kulturwandel mitgestalten	16
Gendergerechtes Schreiben in der Schwebel.....	17
Rund eine Million Denkmäler in Deutschland	17
Neue Spitze am Institut für Deutsche Sprache	18
Volksbühnen-Interimschef soll bis 2020 bleiben	18

BERUF UND WEITERBILDUNG

Recht auf Brückenteilzeit kommt	19
Pflegeausbildung soll attraktiver werden	21
Bundestag verlängert Arbeitsfördermaßnahmen	21
Einigung über Erwachsenenbildung in Bayern.....	22
Deutsche fürchten sich nicht vor Robotern	22

FORSCHUNGSPOLITIK

40 Millionen Euro für Forschung zur DDR	23
Leipziger Forscher kämpfen gegen Fettleibigkeit.....	23
Baustart am neuen Cern-Teilchenbeschleuniger	24

HOCHSCHULE

Talentquote für Medizinstudium	26
HU-Senat stimmt für Islamische Theologie	27
Deutlich mehr Habilitationen in NRW	27
Studenten wollen mehr Geld für Hochschuljobs	28
Erstmals Rektorin an der Hochschule Stralsund	28

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - INHALT (GESAMT)

SCHULE

Minister fordert: Mathe unterhaltsamer machen.....	29
NRW-Realschulen künftig mit Hauptschulzweig	30
100 Millionen Euro für Schulen im Norden	31
Konflikt um Sachsens Lehrer hält an	32
Mehr Ethik-Unterricht in Niedersachsen	33
Dramatischer Lehrermangel an Berliner Schulen	33
Mehr Sozialpädagogen an NRW-Grundschulen	34
Gymnasium schafft Leih-Burkinis an	35

VORSCHULE

Rheinland-Pfalz: Mehr für Problem-Kinder tun.....	36
Die meisten Väter ohne Baby-Urlaub	37
Übergewicht schon in der Vorschule verbreitet.....	38
Weiter frisches Obst für Niedersachsens Kinder	38
Neuer Elternbeirat in Brandenburg	39
Künftig alle Kitas in Frankfurt kostenlos	39

TERMINE	40
----------------------	-----------

INHALT (GESAMT)	43
------------------------------	-----------

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 25/2018 18. Juni 2018 - IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.